



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. Januar 2012
(OR. en)**

5618/12

**COASI 10
ASIE 5
PESC 77
COHOM 16
COPOL 8
CONUN 6**

VERMERK

des	Generalsekretariats
vom	23. Januar 2012
Nr. Vordok.:	5505/12
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates zu Birma/Myanmar

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 23. Januar 2012 die in der Anlage enthaltenen Schlussfolgerungen angenommen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES

zu

Birma/Myanmar

1. Der Rat begrüßt das bemerkenswerte politische Reformprogramm der Regierung und des Parlaments von Birma/Myanmar und die darin enthaltene Verpflichtung zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Diese Veränderungen eröffnen wichtige neue Perspektiven für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Birma/Myanmar. Die EU ist bereit, entsprechend zu reagieren.
2. Aus Sicht der EU ist die kürzlich erfolgte Freilassung einer beträchtlichen Anzahl politischer Gefangener ein wesentlicher Fortschritt, der deutlich zeigt, dass die Regierung fest entschlossen ist, am Reformkurs festzuhalten.

Der Rat begrüßt ferner die Bemühungen der Regierung um Frieden mit den ethnischen Gruppen, die Gesetze über die Zulassung gewerkschaftlicher Betätigung, über die Einführung der Versammlungsfreiheit und über die Lockerung der Medienzensur sowie die Einsetzung einer Menschenrechtskommission. Dies sind wesentliche Schritte auf dem Wege zu einem demokratischen Rechtsstaat.

3. Der Rat begrüßt den Dialog zwischen Präsident U Thein Sein und Daw Aung San Suu Kyi sowie die vom Parlament verabschiedeten Änderungen des Wahlgesetzes. Er stellt mit Genugtuung fest, dass die NLD beschlossen hat, sich als politische Partei eintragen zu lassen und gemeinsam mit anderen Parteien zu den Nachwahlen am 1. April anzutreten. Die EU legt großen Wert darauf, dass diese Wahlen frei und fair verlaufen.
4. Die EU begrüßt die Entschlossenheit der Regierung, mit den ethnischen Gruppen im Rahmen eines alle Seiten einschließenden politischen Prozesses Gespräche zu führen und auf diese Weise den bewaffneten Konflikten im Lande ein Ende zu setzen; dies gilt auch für den kürzlich geschlossenen Waffenstillstand mit der Nationalen Union der Karen. Der Rat unterstreicht, dass sich alle Beteiligten auf einen glaubhaften und anhaltenden Prozess einlassen müssen, um die schwierigen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Sicherung eines dauerhaften Friedens und der nationalen Aussöhnung stellen, zu lösen. Er betont, dass der Zugang von humanitärer Hilfe, vor allem zu den von ethnischen Konflikten betroffenen Gebieten, erleichtert werden muss.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Regierung zugesagt hat, diese Reformen fortzusetzen und zu vervollständigen, und dass sie insbesondere die verbleibenden politischen Gefangenen in den nächsten Monaten bedingungslos freilassen und freie und faire Nachwahlen durchführen will. Der Rat begrüßt zudem, dass die Regierung an ihrem Versprechen festhält, im Rahmen eines alle Seiten einschließenden politischen Prozesses glaubwürdige Schritte zur Beilegung der ethnischen Konflikte zu unternehmen. Er bestätigt, dass die laufenden Reformen bereits zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Birma/Myanmar geführt haben und dass dies – sofern zugleich auch die vorgenannten Erwartungen erfüllt werden – die weitere Lockerung oder Aufhebung der restriktiven Maßnahmen im Beschluss des Rates Ende April zur Folge haben könnte. Der Rat beschließt als einen ersten Schritt, dass die gegen den Präsidenten, die Vizepräsidenten und Kabinettsmitglieder sowie gegen die Sprecher beider Kammern des Parlaments verhängten restriktiven Maßnahmen (Visumverbot) ausgesetzt werden sollten, und beauftragt die zuständigen Gruppen des Rates, diesen Beschluss umzusetzen und weitere Schritte zu prüfen. Die Überprüfung des Beschlusses des Rates über restriktive Maßnahmen wird derzeit fortgesetzt.

6. Die Europäische Union möchte Birma/Myanmar helfen, die Reformen voranzutreiben. Sie wird die wirtschaftliche Entwicklung fördern, indem sie ihre Hilfen für die Armutsbekämpfung und den Kapazitätsaufbau aufstockt und den sektoralen Dialog mit der Regierung verstärkt. Sie ersucht die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, sich zunehmend zu engagieren und Birma/Myanmar bei der Entwicklung seiner Strategie zu unterstützen. Die EU ist bereit, die Friedensprozesse mit den ethnischen Gruppen zu begleiten, beispielsweise durch finanzielle Hilfen für die Wiedereingliederung von Rückkehrern. Der Rat erwartet, dass die Hohe Vertreterin dem Land demnächst einen Besuch abstatten wird. Er bekräftigt zudem, dass er ihre Entscheidung, ein EU-Büro in Yangon einzurichten, uneingeschränkt unterstützt, und hofft, dass es bald eröffnet wird.
-